



Fall Westenthaler: Schüssel ist nicht nach Scherzen

Im Prozess gegen den ehemaligen BZÖ- und Bundesliga-Chef traten als Zeugen ein grantiger Altkanzler und ein grantiger Ex-Sportstaatssekretär auf: Beide wollen von einer zweckwidrig verwendeten Förderung nichts gewusst haben.

Nina Weissensteiner

Wien – Keine zehn Minuten dauert der Auftritt des Zeugen Wolfgang Schüssel am Donnerstag im Prozess gegen Peter Westenthaler am Wiener Straflandesgericht, bis der schwarze Altkanzler ganz in seiner alten Rolle aufgeht – und den Richter vor dem halb gefüllten Saal abkanzelt.

Wie berichtet, muss sich Westenthaler, einst BZÖ- und Bundesliga-Chef, unter anderem als ehemaliger Fußball-Manager dafür verantworten, dass eine Förderung des Bundes für den Kicker-Nachwuchs in der Höhe von einer Million zweckwidrig verwendet

wurde – und zwar zum Abdecken einer Finanzschuld der Liga.

Westenthaler und der mitangeklagte Ex-Co-Vorstand Thomas Kornhoff halten sich für unschuldig – und auch Politpensionist Schüssel bringt kein Verständnis dafür auf, dass es zu einem Strafverfahren gegen Westenthaler wegen Betrugs und Untreue gekommen ist. Als ehemaliger Regierungschef verteidigt er die Zusatzförderung für die jungen Fußballer, die im Vorfeld der Europameisterschaft 2008 beschlossen worden war. „Wir wollten fördern, damit wir uns nicht blamieren.“ Und: „Ich finde es schade, dass diese Großereignisse im Nachhin-

ein kriminalisiert werden“, setzt Schüssel nach. Überhaupt kritisiert er den sich schon Tage dahinziehenden Prozess, wo Westenthaler doch „nicht einmal einen Euro genommen hat: Das wird mehr kosten als die Förderung selbst“, prophezeit Schüssel.

Davon unbeeindruckt, will Wolfgang Etl, Vorsitzender des Schöffengerichts, wissen, warum diese Förderung Ende 2003 so wichtig war, dass sie noch rasch in das Budgetüberschreitungs-gesetz hineingepackt wurde. Schüssel erklärt, das sei so üblich, etwa auch im Zuge von Hochwasserkatastrophen könne es zum Überziehen des Finanzrahmens kommen. Ob er den Zustand des österreichischen Fußballs damals ähnlich wie eine Hochwasserkatastrophe bewertet habe, will Etl vom Ex-Kanzler wissen. Da reißt Schüssel der Geduldsfaden: „Das hat nichts damit zu tun, dass dem Fußball das Wasser bis zum Hals steht.

Diese Scherze verbitte ich mir! Das im Protokoll festzuhalten!“

Ähnlich ungehalten reagiert Schüssel, als der Verteidiger von Kornhoff seine Fragen an ihn richtet: „Darf ich eigentlich fragen, wer sind Sie?!“ Von einer Tilgung der Schulden – die Finanz machte gegenüber der maroden Liga eine Forderung von über 1,6 Millionen geltend – will der Altkanzler nichts gewusst haben.

Verstimmter Schweitzer

Kurz vor Mittag ist Schüssels ehemaliger Sportstaatssekretär als Zeuge dran. Doch auch Karl Schweitzer ist arg verstimmt – und beschwert sich vor der Einvernahme bei Etl, dass ihm dieser beim letzten Mal erklärt habe, dass er sich für eine Aussage vom Kanzleramt von der Amtsverschwiegenheit entbinden lassen könne. Dabei sei nach Schweitzers Nachfragen beim Kanzleramt herausgekommen, dass er sich schon selbst

davon entbinden müsse. „Das hat mir nicht gutgetan in der Öffentlichkeit!“ „Wollen Sie heute aussagen?“, fragt Etl. „Selbstverständlich!“ Dabei versichert der Ex-Staatssekretär, eine Unterzeichnung des Fördervertrags einst verweigert zu haben („Das ist in meinem Budget nicht möglich!“) – und dass Westenthaler versucht habe, Geld von ihm für die verschuldete Liga zu bekommen. Aber, so der Ex-Parteifreund: „Es war sein gutes Recht, einen Fehler zu korrigieren, der vor seiner Amtsübernahme liegt.“ Westenthaler habe dann vorgehabt, Schüssel um Geld zu bitten.

Der hat bei der Belehrung durch den Richter zur Amtsverschwiegenheit, übrigens gleich erklärt: „Natürlich sage ich aus!“ Denn grundsätzlich müssen sich nur Beamte und Vertragsbedienstete des Bundes von oben davon entbinden lassen, (Ex-)Regierungsmitglieder können das selbst tun.

Ein „Tatort“ und ein Jelinek-Text zum Jubiläum der Uni Wien

Wien – Österreichs älteste Universität, die Alma Mater Rudolphina Vindobonensis, feiert kommenden Jahr ihren 650. Geburtstag. Das „Jubiläumjahr“ will sie aber nicht nur zum Feiern nutzen, sagte Rektor Heinz W. Engl am Donnerstag bei der Präsentation der 650-Jahr-Aktivitäten, sondern vor allem um die Leistungen der Universität für die Gesellschaft, die sie letztlich finanziere, „in vielfältiger Weise zu präsentieren“.

Dabei setzt die Uni nicht nur auf akademische Kongresse und Vorträge, sondern auch auf breitenwirksame Formate, um das Thema Wissenschaft für eine breite Öffentlichkeit aufzubereiten. Die Ballettszenen für das traditionelle Neujahrskonzert etwa wurden in den Hallen der Hohen Schule am Wiener Ring, zum Beispiel auf der Philosophenstiege, gedreht. Im März ist die Uni dann Schauplatz des Österreich-Ablegers der „Tatort“-Fernsehreihe.

Der eigentliche Geburtstag am 12. März wird mit einem Festakt mit dem Bundespräsidenten begangen. Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek hat der Uni Wien mit dem Werk *Schlüsselgewalt* „keinen Wohlfühltext“ geschenkt, sagte Professorin Gabriella Hauch. Der Text wird am 10. Juni im Arkadenhof als Sprechchor aufgeführt. (nim)

www.univie.ac.at/650

SPÖ gegen Strafen bei Familienbeihilfe

Vorschlag von Staatssekretär Mahrer stößt auch bei Verfassungsrechtler auf Kritik

Günther Oswald

Wien – Beim Bildungsthema gab sich die ÖVP unter Reinhold Mitterlehner zuletzt zwar etwas liberaler als noch unter Vorgänger Michael Spindelegger. Nun lässt aber Wissenschaftsstaatssekretär Harald Mahrer mit einem Vorschlag aufhorchen, die Regelung zur Familienbeihilfe zu verschärfen. Er will jenen Eltern, die Kinder mit Sprach- oder Entwicklungsdefiziten nicht in Förderkurse schicken, die Familienbeihilfe streichen. „Das hat nichts mit Entmündigung der Eltern zu tun. Es geht um Chancengerechtigkeit für das Kind“, sagte er in den *Salzburger Nachrichten*. Ob der Vorschlag offizielle Parteilinie ist? „Wir dis-

kutieren dieses Thema sowohl im Evolutionsprozess als auch in der Arbeitsgruppe Bildung“, hieß es auf STANDARD-Anfrage im Büro des neuen ÖVP-Chefs. Alle Vorschläge würden „ohne ideologische Scheuklappen und ergebnisoffen“ behandelt.

Beim Koalitionspartner SPÖ kann man aber wenig mit der Idee anfangen. Man warte noch auf ein „konkretes Konzept“, teilte Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek mit. Ihr Standpunkt ist klar: „Kinder in diesem Alter entwickeln sich sehr unterschiedlich, daher sehen wir die Sprach- und Entwicklungsstandsfeststellung als Prozess – und nicht einmalig.“ Unklar sei auch, was Mahrer mit verpflichtender Förderung

meine. Grundsätzlich sei ja nicht anzunehmen, „dass Eltern ihren Kindern bewusst Förderung vorenthalten, daher sind Strafen hier nicht etwas, was die Ministerin als sinnvoll erachtet“, so eine Sprecherin Heinisch-Hoseks.

Der Verfassungsrechtler Heinz Mayer beurteilt den Vorschlag auch aus rechtlicher Sicht kritisch. Ziel der Familienbeihilfe sei eigentlich, finanzielle Defizite der Familien zu kompensieren. Wenn man nun die Leistung mit einem anderen Ziel, nämlich der Sprachförderung, verknüpfe, sei das möglicherweise aus verfassungsrechtlicher Sicht „unsachlich“, so Mayer im STANDARD-Gespräch. In der Praxis sei mit einer weiteren Verschärfung des Problems zu rechnen. Wird die Familienbeihilfe gestrichen, fehlen den Eltern schließlich Mittel für Fördermaßnahmen. Mayer zieht einen Vergleich: „Wenn jemand die Schulpflicht verletzt, kann ich im Gegenzug auch nicht das Recht auf freie Schulbücher streichen.“

ÖVP-Überlegungen, die Eltern bei der Ausbildung stärker in die Pflicht zu nehmen, wurden erstmals bereits vor einigen Jahren ventiliert. So wird ein Eltern-Kind-Pass angeregt, in den eingetragen werden soll, welche Beratungen im Bereich Spracherwerb Eltern in Anspruch genommen haben. **Kommentar Seite 40**



Entwicklungs- und Sprachstandsfeststellungen für Drei- oder Vierjährige sind grundsätzlich nicht strittig. Nicht einig sind sich ÖVP und SPÖ aber in der Frage, ob Strafen drohen sollen, wenn gesetzte Ziele nicht erreicht werden.

Foto: APA/Hochmuth

KURZ GEMELDET

Stunden der Schulmieten noch immer offen

Wien – Die Stundung der eigentlich Anfang Dezember fälligen Mieten für Schulgebäude durch die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) ist noch immer nicht endgültig fixiert, berichtete das *Ö1-Mittagsjournal* am Donnerstag. Aus Sicht des Finanzministeriums sind noch immer „technische Details“ zu klären. (APA)

Team Stronach: Alle Spitäler zum Bund

Wien – Das Team Stronach fordert radikale Strukturänderungen im Gesundheitswesen. Sämtliche öffentlichen Spitäler sollten den „Landesfürsten und Bezirkskaisern“ entzogen und in die Trägerschaft des Bundes übertragen werden, sagte Gesundheitssprecher Marcus Franz. Auch die Zusammenlegung der Krankenkassen verlangte er. (APA)

Zahl der Einbürgerungen steigt weiter

Wien – In den ersten neun Monaten des Jahres 2014 wurde laut Statistik Austria die österreichische Staatsbürgerschaft an insgesamt 5671 Personen verliehen. Das waren um 340 Einbürgerungen mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (plus 6,4 Prozent). Damit setzte sich der seit dem Jahr 2011 anhaltende Trend steigender Einbürgerungszahlen fort. (APA)